



Interviews

15. September 2023

Karin Prien im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Was bedeutet es, wenn die CDU und die FDP in Thüringen mit der AfD zusammen für eine Gesetzesänderung stimmen und das Ganze vor dem Hintergrund, dass die Thüringer AfD vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird, wie auch vor dem Hintergrund, dass die CDU doch die Brandmauer gegen rechts hochhalten will? Dazu kann ich jetzt sprechen mit Karin Prien. Sie ist Bildungsministerin in Schleswig-Holstein und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. Guten Morgen, Frau Prien.

Karin Prien: Guten Morgen, Frau Grunwald.

Grunwald: Frau Prien, steht die Brandmauer noch?

Prien: Die CDU hat einen klaren Wertekompass. Wir haben einen Unvereinbarkeitsbeschluss. Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD. Es gibt keine Deals mit der AfD. Es gibt keine Unterstützung für Initiativen der AfD und es gibt definitiv keinerlei inhaltliche Nähe zu einer Partei wie der AfD in Thüringen, die klar rechtsextremistisch ist. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin es aber auch langsam leid, das jeden Tag aufs Neue zu wiederholen, und ich bin es auch leid, dass von unseren demokratischen Wettbewerbern der Eindruck erweckt würde, als sei der Kampf gegen die AfD, der Kampf gegen den Rechtsextremismus ausschließlich Aufgabe der CDU.

Grunwald: Sie sagen, Sie sind es leid, sich zu rechtfertigen. Aber es gibt diesen klaren Beschluss der CDU, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben wird. Sie haben es selber gesagt: Auf Bundes-, auf Landes- und auf kommunaler Ebene schließt man das aus. Über eine Gesetzesänderung gemeinsam abzustimmen, die noch dazu aktiv in den Haushalt eingreift – so ist es ja in Thüringen -, das ist für Sie keine Zusammenarbeit?

Prien: Es hat auch mit Blick auf diesen Antrag keinerlei Absprachen mit der AfD gegeben. Es ist ein Antrag der CDU, der übrigens ja nicht erst seit gestern im parlamentarischen Verfahren ist, sondern seit zwei Jahren. Wir haben ja eine Sondersituation in mehrfacher Hinsicht in Thüringen, eine Minderheitsregierung, und es war klar, dass dieser Antrag irgendwann zur Abstimmung stehen würde, und es wäre Aufgabe der Parteien und Fraktionen der Minderheitsregierung gewesen, hier mit der CDU in konstruktive Gespräche zu kommen. Das hat man nicht getan und das ist jetzt das Ergebnis. Ich finde, das ist alles sehr unglücklich, aber die CDU muss konstruktive Sacharbeit als Opposition in Thüringen machen können, ohne dass gleich dieser Vorwurf erhoben wird. Das ist wirklich inzwischen ein Missbrauch dieses so wichtigen Kampfes gegen Rechtsextremismus, der von den anderen Parteien hier betrieben wird.

Grunwald: Frau Prien, Sie sagten gerade, im Vorfeld gab es keine Absprachen mit der AfD, aber es ist doch ziemlich klar, dass die CDU wusste, dass die AfD dafür stimmen würde.

Prien: Die CDU stand bis zuletzt zur Verfügung, um in dieser Frage Kompromisse zu finden. Und eins erlauben Sie mir auch noch: Es hat nicht nur die AfD jetzt offensichtlich, behaupten Sie, für diesen Antrag gestimmt, sondern auch die FDP. Umso erstaunlicher ist, dass jetzt auch die FDP im Bund, dass Herr Lindner nun meint, das sei nur Sache der CDU.

Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, in einem Bundesland, in dem die Ampel-Parteien nicht mal mehr 20 Prozent der Stimmen nach den letzten Umfragen zustande bringen, dass sich die Parteien einmal Gedanken darüber machen, warum die Menschen im Wesentlichen ihre Stimme, nämlich mehr als 50 Prozent, am rechten und am linken Rand vergeben wollen.

Grunwald: Bevor wir darauf noch mal zu sprechen kommen, ich bleibe noch mal bei dem Punkt davor. Bei der jetzt beschlossenen Senkung der Grunderwerbssteuer in Thüringen geht es um Geld, um viel Geld. Man geht davon aus, zwischen 45 und 50 Millionen Euro. Der AfD die Möglichkeit zu geben, in Landesfinanzen einzugreifen, das bedeutet doch nichts anderes, als ihr politische Gestaltungsmacht zu geben. Das ist für Sie kein Problem?

Prien: Noch mal: Es hat keine Absprachen mit der AfD gegeben, nicht zu diesem Antrag und auch sonst keine Absprachen.

Grunwald: Das haben Sie schon gesagt. Aber meine Frage war, man hat ihr jetzt politische Gestaltungsmacht gegeben.

Prien: Nein! Es wäre Aufgabe der Parteien und Fraktionen dieser Minderheitsregierung gewesen, mit der CDU so ins Gespräch zu kommen und zu einem Kompromiss zu kommen, auch mit Blick auf den Haushalt, um hier gemeinsam gute Sachpolitik für die Entlastung der Bürger und auch für die Entlastung der Wirtschaft zu machen. Auch das wurde ja diskreditiert. Aber hier geht es darum, die Bauwirtschaft anzukurbeln und hier etwas gegen den wirtschaftlichen Abschwung, der auch in Thüringen leider Realität ist, zu tun.

Grunwald: Der Linken-Regierungschef Bodo Ramelow hat ja ein solches Angebot an die CDU gemacht und wollte auch die Abstimmung über dieses Gesetz verschieben, aber darauf ist die CDU nicht eingegangen.

Prien: Offensichtlich ist ja zwei Jahre lang auch in Vorbereitung des Haushaltes, denn die Regierung hat den Haushalt ja eingebracht, nicht auf die CDU zugegangen worden und man hat nicht den Versuch gemacht, vor dieser Abstimmung einen entsprechenden Kompromiss herbeizuführen. Insofern ist das ein bisschen Heuchelei, wenn man jetzt im Nachgang sagt, wir wären ja bereit dazu. Das war man offensichtlich nicht und deshalb ist es nur zu dieser sehr unglücklichen Situation überhaupt gekommen.

Grunwald: Frau Prien, haben Sie nicht die Befürchtung, dass bei gemeinsamen Abstimmungen, bei Gesetzesänderungen, die gar den Haushalt betreffen, ganz schnell eine Normalisierung der Partei AfD eintritt, die in Thüringen als gesichert rechtsextremistisch eingestuft ist?

Prien: Es darf keine Form von Kooperation mit der AfD, mit einer rechtsextremistischen Partei geben und da darf es auch nicht zu einer Normalisierung kommen. Da würde ich mich massiv gegen verwehren. Aber hier reden wir über etwas anderes. Die CDU macht in Thüringen aus ihrer Sicht eine vernünftige Sachpolitik, Politik zur Entlastung der Bürger, der Familien und auch der Wirtschaft, um diese anzukurbeln, und das sind legitime Anliegen. Der Antrag hat überhaupt nichts zu tun mit rechtsextremen Inhalten. Das will ich auch noch mal sehr deutlich sagen. Deshalb ist es fast schon infam, der CDU zu unterstellen, dass sie hier in irgendeiner Weise eine Nähe zur AfD zeigt oder ermöglicht oder gar eine Normalisierung dieser extremistischen Partei betreibt.

Grunwald: Wenn es aus Ihrer Sicht um gute Sachpolitik geht, dann ist das in Ordnung, wenn die AfD zustimmt?

Prien: Die CDU muss ihr Ding machen. Die CDU muss gute Sachpolitik machen und die CDU ist in der Verantwortung, den Kampf gegen den Extremismus so zu führen, dass die demokratischen Parteien hier zu einer handlungsfähigen Regierungskoalition unter Führung der CDU in Thüringen kommen. Die Minderheitenregierung in Thüringen muss dafür Sorge tragen, dass sie ihre Mehrheiten zusammenbekommt. Dafür steht Bodo Ramelow in der Verantwortung, dafür steht diese Koalition in der Verantwortung.

Grunwald: Okay! – Können wir jetzt damit festhalten, wenn Sie sagen, gute sachpolitische Entscheidungen, die wollen wir durchsetzen, die braucht das Land, und da ist es uns im Prinzip auch egal, wenn die AfD da zustimmt, wenn es um eine gute Sache geht? Können wir jetzt festhalten, ab dem heutigen Tag bestimmt die AfD in Thüringen politisch entscheidend mit?

Prien: Nein, das können wir nicht.

Grunwald: Warum nicht, wenn Sie ihr Gestaltungsspielraum einbauen?

Prien: Meine klare Erwartung ist, dass nach diesem Tag in Thüringen gestern die Minderheitenregierung auf die CDU zugeht und Sorge dafür trägt, dass vernünftige Politik über Mehrheiten der demokratischen Parteien zustande kommen. Das ist jetzt die gemeinsame Verantwortung aller Parteien, aller Fraktionen in Thüringen und das ist meine Erwartungshaltung.

Grunwald: Frau Prien, wie geht es denn jetzt weiter? Bei Sachthemen, die der CDU für richtig und wichtig erscheinen, kann auch künftig mit den Stimmen der AfD gerechnet werden? Ist das jetzt die Strategie der CDU, um mit der AfD umzugehen, um sie einzuhegen?

Prien: Die Strategie der CDU, und ich sage ganz klar, die Strategie aller demokratischen Parteien, insbesondere der Ampel-Parteien, muss sein, den Bürgern eine Politik anzubieten, die ihnen die Zukunftsängste, die Angst vor wirtschaftlichem Abschwung, die Angst auch vor einer nicht mehr zu beherrschenden Migrationspolitik nimmt, um dafür Sorge zu tragen, dass es keine weiteren Zuwächse, sondern im Gegenteil ein Abnehmen der Zustimmung der Bürger für die AfD gibt. Das ist die gemeinsame Verantwortung der demokratischen Parteien.

Was aufhören muss, was die Botschaft des heutigen Tages ist, dass die Strategie der Ampel-Parteien, so zu tun, als sei es nur Verantwortung der CDU, hier dafür zu sorgen, dass das vorbei sein muss.

Grunwald: Sie sehen die Verantwortung bei allen demokratischen Parteien, aber jetzt rede ich ja nun mal mit Ihnen und Sie stehen für die CDU. Logischerweise kann man das bei allen Themen mit gemeinsamen Stimmen mit der AfD so machen. Jetzt ging es der CDU um die Entlastung von Familien mit Eigenheimen. Es könnte auch mal um mehr Kita-Plätze gehen. Es könnte aber auch mal um Migrations- und Asylthemen gehen. Wird man dann auch gemeinsam abstimmen?

Prien: Noch mal: die CDU hat nicht gemeinsam abgestimmt mit der AfD, sie hat die AfD auch nicht dazu eingeladen, sie hat dazu keine Absprachen getroffen. Die CDU muss ihr Ding machen. Die CDU muss den Bürgern ein Angebot machen, und zwar ein Angebot, das so gut ist, dass die CDU stärkste Partei in Thüringen wird und dass so dieser Spuk mit dieser Minderheitenregierung in Thüringen ein Ende hat.

Grunwald: Der Punkt ist verstanden, Frau Prien, aber können Sie ausschließen, dass es künftig nicht mehr Abstimmungen geben wird, wo die CDU gemeinsam mit der AfD ein Ding durchziehen wird? Können Sie das ausschließen?

Prien: Ich kann ausschließen, dass es eine Zusammenarbeit mit der AfD gibt. Ich kann ausschließen, dass es Anträge mit einer inhaltlichen Nähe zu rechtsextremen Parteien gibt. Ansonsten wünsche ich mir von der Thüringer CDU, dass sie Sachpolitik macht, dass sie gute Sachpolitik macht, und ich erwarte von allen Parteien in Thüringen, den demokratischen Parteien, dass sie sich darum kümmern, dass solche Fälle wie gestern im Thüringer Landtag nicht mehr eintreten.

Grunwald: Nächstes Jahr wird in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewählt. Die AfD ist im Umfragehoch. Werden wir nächstes Jahr nicht über Brandmauern zur AfD, sondern über Tolerierungsmodelle sprechen?

Prien: Ich glaube und ich kann es nur wiederholen, alle demokratischen Parteien sind jetzt in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass dieser weitere Zuwachs bei der AfD ein Ende hat, dass diese Partei kleingehalten wird. Man kann das erreichen durch lösungsorientierte Politik. Man kann das erreichen, indem man die Ängste der Menschen ernstnimmt, und das ist jetzt die Aufgabe aller demokratischen Parteien.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.